

Bitte Sperrfrist beachten: 26.10.2025, 11.30 Uhr!



Teilhabe statt Ausgrenzung: Warum Gerechtigkeit kein Luxus ist

**Kanzelrede
der Evangelischen Akademie Tutzing
in Kooperation mit dem Freundeskreis der Akademie
Erlöserkirche, München**

Sonntag, 26. Oktober 2025

Verena Bentele
Präsidentin Sozialverband VdK Deutschland
Landesvorsitzende Sozialverband VdK Bayern

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Akademiedirektor, Pfarrer Udo Hahn,
sehr geehrte Mitglieder des Freundeskreises der Evangelischen Akademie Tutzing,
sehr geehrte Gäste,

es ist eine große Ehre für mich, heute die Kanzelrede halten zu dürfen. Eine Kanzelrede, so habe ich es nachgelesen, ist eine Redeform, die zwischen Predigt und Vortrag liegt. Und dieses Dazwischen, zwischen beiden Redeformen, gefällt mir sehr gut, denn das lässt mir Platz für viele Möglichkeiten.

Ich möchte Sie einladen, den von mir gewählten Möglichkeiten zu folgen.

Meine Rede soll sich um Möglichkeiten – oder besser um Ermöglichungen – drehen. Denn für mich hat Teilhabe vor allem mit Ermöglichung zu tun. Anders gesagt, verstehe ich als Voraussetzung für Teilhabe das Zurverfügungstellen aller Chancen, die für den Großteil der umgebenden Gesellschaft selbstverständlich sind.

Der oder die Einzelne ist sich seiner Möglichkeiten, dem Schatz seiner Optionen, meistens kaum bewusst. Teilhabe ist für die meisten Menschen der Mehrheitsgesellschaft einfach Alltag. Warum sollten sie eine solche Selbstverständlichkeit auch hinterfragen?

Wenn wir Teilhabe erklären wollen, können wir das also nur aus der umgekehrten Sicht tun. Es geht um einzelne Menschen oder Bevölkerungsgruppen, die Merkmale aufweisen, die sie aus dem so genannten Normalbetrieb ausschließen. Die – an manchen Tagen mehr, an manchen Tagen weniger – zu spüren bekommen, dass es für sie, sagen wir es neutral, weniger Möglichkeiten als für andere Menschen gibt.

Es mag Sie überraschen, dass ich Sie beim Nachdenken über die Möglichkeiten eines Lebens erst einmal zu einem Nachdenken über das Ende des Lebens und deshalb auf den Friedhof einlade.

Wenn Sie hier in München oder irgendwo sonst über einen Friedhof spazieren, ist das wie ein Gang durch die Gesellschaftsgeschichte. Manche Gräber gleichen Monumenten. Sie sind Denkmäler für die Verdienste des verstorbenen Menschen und Zeichen für dessen Bedeutung, die über den Tod hinausstrahlt.

Und es gibt die andere Art von Verstorbenen. Denen keine Denkmäler gesetzt werden.

Nach dem Tod beerdigt zu werden, fällt in Deutschland unter das Wort „Bestattungspflicht“. Wenn sich nach dem Tod eines Menschen weder Geld und Angehörige dafür finden, müssen die Kommunen für eine „schickliche Beerdigung“ sorgen.

Die Menschenwürde hört also im Tod nicht auf. Und das finde ich wirklich beruhigend und gut. Solche Sozialbestattungen sind Teil der staatlichen Fürsorge und stehen zum Glück noch nicht auf der Streichliste aufgrund gefühlter oder echter Haushaltskrisen. Im vergangenen Jahr wurden bayernweit 1860 Menschen auf diese Weise bestattet. In Urnengräbern und meist mit einer feierlichen Zeremonie.

Vielerorts nehmen sich Freiwillige dieser Bestatteten an. Sie organisieren den Blumenschmuck, besuchen die Grabstellen und suchen nach Angehörigen oder Menschen, denen diese Toten etwas bedeutet haben.

Der Gedanke dahinter: Niemand ist bedeutungslos. Jeder Mensch hat Würde und damit Teilhabe verdient. Diese Überzeugung hat mit unseren religiösen Wurzeln zu tun.

Selbst echt gefühlte Fürsorge und Nächstenliebe können jedoch in Bevormundung umschlagen. Wer hat die Definitionshoheit darüber, welche Möglichkeiten wem zugestanden werden? Ist Teilhabe ein Luxus, der nur in guten Zeiten verteilt werden darf? Ist das Zugeständnis von Teilhabe eine Sache der Freiwilligkeit, oder müssen wir sie zur Pflicht erheben?

Sie merken: Ab diesem Punkt verlassen wir den sicheren Boden des gesellschaftlichen Konsenses. Denn ab hier ist es nicht mehr die Angelegenheit einzelner engagierter Menschen, die sich für Gerechtigkeit einsetzen, sondern es wird zur politischen Aufgabe. Und damit auch zu meiner Aufgabe als VdK-Präsidentin und Landesvorsitzende des Sozialverbands VdK.

Der VdK kümmert sich um soziale Gerechtigkeit. Unabhängig von wohlwollender Fürsorge oder willkürlichen Wohltaten setzen wir uns für einen zuverlässigen und starken Sozialstaat ein. Denn der ist die beste Erfindung der deutschen Geschichte.

Wenn es um soziale Gerechtigkeit geht, erwacht schnell das Misstrauen, es könnten Menschen von sozialen Wohltaten profitieren, die das gar nicht verdient haben.

Bleiben wir beim Luxus. Offenkundig empfindet die bayerische Staatsregierung Barrierefreiheit weniger als süße denn als lästige Pflicht. Selbst bisherige Errungenschaften, die in Gesetzen und Verordnungen festgehalten wurden, werden zurückgefahren.

Hier ein paar Beispiele – und die Aufzählung ist nicht vollständig:

Die ohnehin sehr wachsw weich formulierte Pflicht zum barrierefreien Bauen soll in der Bayerischen Bauordnung weiter aufgeweicht werden, damit der Bauturbo so richtig gezündet werden kann.

In diesem Zusammenhang entfällt auch die Verpflichtung, beim Neubau von barrierefreiem Wohnraum eine entsprechende Anzahl von Behindertenparkplätzen zu bauen.

Fördertöpfe für den barrierefreien Umbau, damit pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich daheim leben können, sind leer und werden nicht mehr aufgefüllt.

Dieses Streichkonzert ist mehr als heikel. Denn Deutschland, und also auch Bayern, hat sich laut UN-Behindertenrechtskonvention im Jahre 2009 zum Ausbau von Teilhabe und damit Barrierefreiheit verpflichtet. Diese hoch angesetzte Verpflichtung interessiert anscheinend gerade niemanden.

Doch die Ermöglichung von Teilhabe für Menschen mit Behinderung macht nicht nur einer Minderheit das Leben etwas schöner.

Der Anteil von Menschen mit Behinderung, die also einen Grad der Behinderung ab 20 haben, beträgt in Bayern 15,39 Prozent der Bevölkerung. Eine Schwerbehinderung, also einen Grad der Behinderung ab 50, haben 9,46 Prozent der Bevölkerung. Das ist jede elfte Person.

Wir sprechen von zwei Millionen Menschen mit Behinderung in Bayern. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Ausgrenzungen erleben, ist hoch.

Wer einen Rollstuhl nutzt, muss Gott vertrauen oder seinem guten Schicksal, damit er oder sie am Reiseziel Aufzüge oder treppenfreie Zugänge vorfindet. Diese Person muss hinnehmen, dass ein Rollstuhl vielerorts als Sicherheitsrisiko gilt, und darf vom Ufer dem Ausflugsschiff nachwinken. Eine kleinwüchsige Person muss ihre Bankkarte wildfremden Menschen reichen, weil der Geldautomat viel zu hoch angebracht ist. Ein Mensch ohne digitalen Anschluss kann sich nicht ohne Weiteres eine Fahrkarte kaufen. Eine junge Frau mit glänzendem Studienabschluss findet keine Arbeitsstelle, weil sie eine Behinderung hat.

Ich könnte endlos solche Geschichten erzählen, mich beklagen, und Sie damit ein wenig in eine moralische Pflicht nehmen. Will ich aber nicht.

Denn die Frage ist, ob Geschichten, die von mangelnden Teilhabemöglichkeiten erzählen, mehr bewirken als einen leichten Schauer oder eine kleine Empörung. Letztlich überwiegt doch der Gedanke, dass es einen zum Glück ja nicht betrifft. Und dass es schon für immer irgendwie gut gehen wird. Die meisten von uns können notfalls auch die Treppe nehmen, ihre Bankgeschäfte selbstbestimmt erledigen, die Bahn-App virtuos bedienen und haben einen Job.

Warum also für ein Ende von Ausgrenzungen sorgen?

Weil es um Gerechtigkeit geht. Weil die Grundlage unseres Gemeinwesens nicht Egoismus, sondern Solidarität und Vertrauen heißt. Weil jeder Mensch in seinem Leben eine starke Gemeinschaft braucht. Und weil jeder Mensch gebraucht wird.

Vertrauen stärkt Beziehungen. Nicht nur zu anderen Menschen, sondern auch zum Staat und seinen Institutionen. Das heißt im Umkehrschluss: Je mehr Bevölkerungsgruppen wir ausschließen und zurücklassen, um so instabiler wird unsere Gesellschaft, weil das Misstrauen in staatliche Strukturen wächst.

Das Gift des Misstrauens wirkt bereits: Wenn Alter mit Armut, Pflegebedürftigkeit mit Vernachlässigung und Einwanderung mit Kriminalität gleichgesetzt wird, kommt der gesamte Staat für viele auf den Prüfstand. Wenn der soziale Aufstieg aus eigener Kraft in Deutschland so schwer ist wie noch nie seit den 1960er-Jahren, schafft das Frust bei jungen Leuten.

„Du hast keine Chance, aber nutze sie.“ Dieser bissige Kommentar zu den Freiheiten eines Ausgegrenzten stammt vom Schriftsteller und Regisseur Herbert Achternbusch.

Wer glaubt, nichts mehr zu verlieren zu haben, mag den Mut der Verzweiflung finden. Das kann positiv in Selbstermächtigung münden. Viele soziale Revolutionen haben so ihren Anfang genommen. Doch ein solcher Frust kann auch negative Folgen haben. Weil

enttäuschte Menschen offen sind für extremistische Positionen. Die Gunst der Enttäuschten stärkt leider meistens die Falschen.

Ich beobachte deshalb mit Entsetzen, dass wichtige Errungenschaften des Sozialstaates einkassiert werden, um vermeintlich das Gerechtigkeitsgefühl der Bevölkerung zu bedienen. De facto münden manche politischen Entscheidungen gerade darin, dass arme Menschen gegen noch ärmere Menschen aufgehetzt werden.

Ich erinnere daran, dass die Grundsicherung beziehungsweise das Bürgergeld das Recht auf Teilhabe sicherstellen soll. Schon jetzt ist mehr als fragwürdig, ob dafür die Höhe der Geldleistungen genügt. Sehr seriöse Forschungen sagen jedenfalls, das ist definitiv nicht der Fall. Die mit der Grundsicherung befassten Behörden wie die Jobcenter haben nicht genügend Mittel und Möglichkeiten, um diesen Menschen dauerhaft aus der Armut zu helfen. Sanktionsdrohungen halte ich für die Rückkehr der tiefen Kiste der schwarzen Pädagogik, aber für keine Maßnahme, die Ursachen von Armut bekämpft.

Das politisch Fatale ist: Die nicht ganz so armen Menschen werden nicht reich oder wenigstens wohlhabend, wenn die Zügel bei den Sozialleistungsempfängern vermeintlich straffer gezogen werden. Das zu behaupten, ist scheinheilig. Das darf ich hier in der Kirche so sagen. Denn das gesparte Geld wird nicht umverteilt. Bestenfalls werden Löcher im Haushalt gestopft – und zwar nur die ganz kleinen Löcher.

Richtig was zu holen gäbe es woanders. Mindestens 100 Milliarden Euro mehr könnte der Staat in der Kasse haben, wenn Steuerbetrug wirksam bekämpft würde. Das wäre ein Fünftel des Bundeshaushalts. Diese staatlich geduldete Entsolidarisierung wiegt meiner Ansicht nach sehr schwer. Denn die Duldung dieses Missstands verstärkt die gesellschaftliche Spaltung und führt letztlich zu instabilen gesellschaftlichen Verhältnissen.

Es gibt Vorschläge für eine Steuerreform, die weder radikal noch undurchführbar sind. Zusammen mit Fiscal Future hat der VdK einmal durchgerechnet, dass selbst die sanfteste Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Besteuerung hoher Erbschaften unglaubliche Summen freisetzen würde, ohne im Geringsten am Wohlbefinden von überreichen Menschen zu kratzen. Wenn Vermögen ab fünf Millionen Euro mit einem Prozent und Vermögen ab 100 Millionen Euro mit zwei Prozent besteuert würden, brächte uns das schon 40 Milliarden Euro mehr ein.

Was für eine Summe! 100 Milliarden von Steuersündern einziehen plus 40 Milliarden Euro Einnahmen durch eine sanfte Vermögenssteuer ergeben 140 Milliarden Euro, die wir so dringend brauchen könnten.

Fehlende Steuereinnahmen machen sich jetzt schon massiv bemerkbar. Sie lassen die Infrastruktur bröckeln. Das Schwimmbad muss schließen, durch das Schuldach regnet es, das Förderprogramm für Kinder aus benachteiligten Familien wird gestrichen, Begrünungspläne für eine klimagerechte Zukunft der Stadt landen in der Schublade. Kultur und Sport fallen hinten runter.

Fehlende Steuereinnahmen lassen die Möglichkeiten von Teilhabe also ganz konkret schrumpfen. Spürbar für jeden Einzelnen. Denn es heißt, dass weniger Kinder gut lernen

dürfen, Jugendliche nicht ins Schwimmbad gehen können und Familien in aufgeheizten Städten leben müssen.

Den Sozialstaat weiter auszuhöhlen, grenzt an politische Selbstaufgabe. Das kann keiner wollen. Doch es ist leider schon viel Vertrauen verspielt worden. Dabei ist ein starker Sozialstaat ein Bollwerk gegen Angriffe von Verfechtern einer braun-rechts gefärbten Ideologie. Ein starker Sozialstaat ist kein Luxus, sondern durch mehr Umverteilung zum Wohle aller finanzierbar.

Noch können wir eingreifen, noch können wir etwas tun und etwas ermöglichen. Frei nach Achternbusch: Wir haben eine Chance. Also nutzen wir sie.